



NOBEL
PEACE
PRIZE
2017

ICAN STÄDTE- APPELL

Ein globaler Aufruf von Städten und Gemeinden, die den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterstützen.

Der Appell

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Deswegen haben 122 Nationen am 7. Juli 2017 den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet. Alle Regierungen wurden eingeladen, dieses essentielle Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Es verbietet den Einsatz, die Herstellung und Besitz von Atomwaffen und legt das Fundament für ihre vollständige Abschaffung. Indem sich Städte und Gemeinden dem ICAN-Städteappell anschließen, unterstützen sie den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen.

Appell-Text

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Unterszeichnet

Peter Feldman

Name und Position

Oburbürgermeister

Wie meine Stadt den Appell unterzeichnet

Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin der Stadt oder Gemeinde schickt eine E-Mail an **office@ican.berlin**, um anzukündigen, dass der Stadtrat oder Magistrat beschlossen hat, den Appell zu unterzeichnen.

Vorschläge für weitere Aktionen

- 1. Die Bundesregierung anschreiben:** Den Außenminister oder andere Vertreter*innen der Regierung informieren, dass Ihre Stadt oder Gemeinde den Appell unterzeichnet hat.
- 2. Die Medien informieren:** Eine Pressemitteilung über die Appellunterzeichnung absetzen und dabei die Bundesregierung auffordern, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.
- 3. Ihre Einwohner*innen informieren:** Über den Vertrag zum Atomwaffenverbot berichten, z.B. durch eine öffentliche Ausstellung zur Bedrohung durch Atomwaffen und zu globalen Bemühungen zur Abschaffung von Atomwaffen.
- 4. Keine Investitionen von öffentlichen Geldern in Atomwaffen:** Finanzmittel, die von Ihrer Stadt angelegt werden, nicht in Firmen investieren, die Atomwaffen oder Atomwaffenträgersystemen herstellen. Weitere Informationen unter: <https://atombombengeschäft.de>

Im Auftrag der Stadt/der Gemeinde

27.2. [Signature]

Datum, Ort